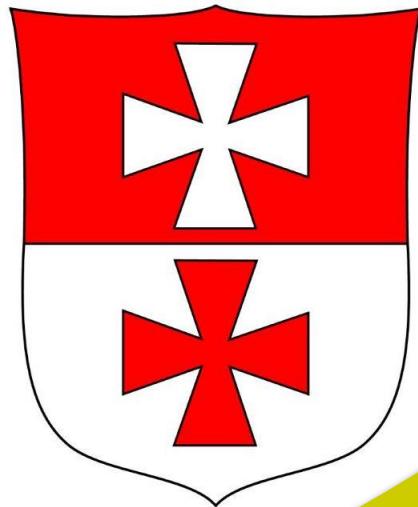


Abwasserreglement



Gemeinde Goms

Abwasserreglement

eingesehen

- das Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung;
- Art. 75 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. März 1907;
- das kantonale Gewässerschutzgesetz vom 16. Mai 2013;
- das Gemeindegesetz vom 5. Februar 2004;
- Art. 226 des kantonalen Steuergesetzes vom 10. März 1976;
- das kantonale Gesetz vom 14. Februar 2008 über das öffentliche Gesundheitswesen;
- Die Verordnung betreffend die Führung des Finanzaushaltes der Gemeinden vom 16. Juni 2004;

Auf Antrag des Gemeinderates beschließt die Urversammlung:

I. Kapitel ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Zweck

Dieses Reglement legt die Bedingungen zur Ableitung und zur Behandlung jeglicher Art von Abwasser auf dem gesamten Gebiet der Gemeinde Goms fest.

Art. 2 Rechtliche Grundlagen

1. Die Vorschriften des kantonalen und des eidgenössischen Rechts sowie diejenigen dieses Reglements, einschliesslich des darin enthaltenen Gebührentarifs, bestimmen die Beziehungen zwischen der Gemeinde und den Kanalisationsbenützern, im Nachfolgenden Abonnenten genannt.
2. Jeder, der Abwasser ableitet, untersteht diesen Vorschriften und Tarifen.
3. Jeder Abonnent erhält auf Anfrage ein Exemplar dieses Reglements.

Art. 3 Aufgaben und Kompetenzen

1. Der Gemeinderat oder das Amt, welches er damit betraut, ist berechtigt, die für die Ableitung und Behandlung des Abwassers erforderlichen Massnahmen zu treffen sowie die öffentlichen oder privaten Abwasseranlagen zu kontrollieren.
2. Der Gemeinderat führt ein Kataster der individuellen Abwasserbehandlung ausserhalb des Bereichs öffentlicher Kanalisationen sowie ein Kataster der verschmutzten und in die Kanalisation eingeleiteten Abwässer aus Industrie- und Gewerbebetrieben.
3. Der Gemeinderat und die von ihm beauftragten Organe haben jederzeit Zutritt zur Kontrolle der Abwasseranlagen.
4. Der Gemeinderat erlässt die Vollzugsbestimmungen zum vorliegenden Reglement.
5. Insbesondere erlässt er präventive Massnahmen zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, damit das Risiko der Verschmutzung, der Wasserverbrauch und somit die Schmutzabwassermenge, beschränkt werden können.

Art. 4 Begriffe

1. Abwasser kann sowohl aus verschmutztem als auch unverschmutztem Wasser bestehen.
2. Als verschmutzt gilt Wasser, welches dasjenige, in das es gelangt, verunreinigen kann, also namentlich durch den häuslichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verändertes Wasser, sowie Wasser, das zusammen mit verschmutztem Wasser in die Kanalisation abfliest.
3. Als unverschmutzt gilt Wasser, welches aus ständigen oder nicht ständigen, ober- oder unterirdischen Gewässern stammt.
4. Als oberirdisches Wasser gilt solches, das unverändert ist, und namentlich aus Wasserläufen, Brunnen, Zierteichen, Drainagen, Überläufen von Staubecken stammt, sowie das von bebauten oder befestigten Flächen abfliessende Niederschlagswasser.

II. Kapitel

ARTEN DER KANALISATION UND DER ANSCHLÜSSE

Art. 5 Anlagearten

1. Zu den Kanalisationsanlagen gehören:
 - a) das öffentliche Kanalisationsnetz für verschmutztes Wasser
 - b) das öffentliche Kanalisationsnetz für unverschmutztes Wasser
 - c) private Kanalisationsanschlüsse für verschmutztes Wasser
 - d) private Kanalisationsanschlüsse für unverschmutztes Wasser
 - e) die öffentlichen Abwasserreinigungsanlagen
 - f) private Anlagen zur Vorbehandlung oder Reinigung von verschmutztem Abwasser
2. Bei den öffentlichen Kanalisationsnetzen unterscheidet man zwei Typen:
 - a) das Trennsystem, das aus einem separaten Netz für das verschmutzte und einem für das unverschmutzte Wasser besteht.
 - b) das Mischsystem, das aus nur einem Netz für das verschmutzte und unverschmutzte Wasser besteht.

Art. 6 Funktion

1. Die Kanalisationsanlagen für verschmutztes Wasser dienen der Sammlung, Ableitung sowie der Behandlung solchen Wassers.
2. Die Kanalisationsanlagen für unverschmutztes Wasser dienen der Sammlung und Ableitung solchen Wassers durch Versickerung oder durch die Einleitung in ein Fliessgewässer.

Art. 7 Pläne

1. Der Gemeinderat erarbeitet einen generellen Entwässerungsplan (GEP) und nötigenfalls einen regionalen Entwässerungsplan (REP). Die Pläne sowie deren nachträgliche Änderungen unterliegen der Genehmigung durch die kantonale Behörde.
2. Der Gemeinderat entwirft den Plan für die öffentlichen Entwässerungs- und Abwasserreinigungsanlagen.
3. Die Bevölkerung wird regelmässig über den Entwicklungsstand dieser Pläne informiert, welche bei der Gemeinde eingesehen werden können.

Art. 8 Entwässerungssysteme

1. Die Gemeinde richtet ein Trennsystem ein, je nach Fortschreiten der Erneuerungsarbeiten an ihrem Mischsystem, in Vollzug des GEP und je nach Prioritätensetzung des Gemeinderats und den verfügbaren finanziellen Mittel. Die Pläne werden öffentlich aufgelegt und bedürfen einer Baubewilligung.
2. Wer fortan eine Baubewilligung erhält, ist verpflichtet, ein Trennsystem einzurichten, auch wenn das öffentliche Kanalisationsnetz für unverschmutztes Wasser in der betreffenden Zone noch nicht besteht.
3. Der Gemeinderat kann den Wechsel vom Misch- zum Trennsystem verlangen, sobald das öffentliche Kanalisationsnetz für unverschmutztes Wasser besteht. Die dadurch anfallenden Kosten hat der Eigentümer zu tragen, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit.
4. Ein Mischsystem kann von Fall zu Fall geduldet werden, abhängig von den örtlichen Bedingungen und dem Zustand des bestehenden öffentlichen Kanalisationsnetzes.

III. Kapitel RECHTSVERHÄLTNISSE

Art. 9 Anschlussverpflichtung

1. Im Bereich öffentlicher Kanalisationen im Sinne des Bundesrechts sind die Eigentümer verpflichtet, sämtliches von ihren Grundstücken stammende Abwasser den öffentlichen Sammelkanälen zuzuführen, unter Ausnahme des nicht verschmutzten Wassers, das an Ort und Stelle versickert.
2. Ausnahmen können unter den von der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Bedingungen gewährt werden.

Art. 10 Gesuch und Bewilligung

1. Jeder Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz, jede Änderung eines bestehenden Kanalisationsanschlusses oder die Wiederinbetriebnahme einer vorübergehend unbenutzten Anlage bedarf einer speziellen Bewilligung des Gemeinderats und gegebenenfalls einer Baubewilligung nach öffentlicher Auflage.
2. Das Gesuch ist der Gemeindeverwaltung auf einem separaten Formular zusammen mit den erforderlichen Plänen und gleichzeitig mit dem Baugesuch einzureichen.
3. Im Gesuch enthalten müssen sein:
 - a) ein Situationsplan, auf dem die bestehende und die zu erbauende Kanalisation eingezeichnet sind;
 - b) ein detaillierter Plan der Kontrollsäcke, der speziellen Einrichtungen wie Öl- und Fettabscheider, Reinigungs- oder Vorbehandlungsanlagen;
 - c) eine Berechnung der befestigten Oberfläche (Wege, Vorplätze, Parkplätze usw.) ohne Bedachungen;
 - d) der Name der mit den Arbeiten beauftragten Firma;
 - e) die Unterschrift des Eigentümers oder seines Rechtsvertreters;
 - f) Abflussmengen und -frachten in Einwohnergleichwerten, für Einleitungen von Industrie und Gewerbe, die als Grosseinleiter im Sinne von Art. 38 Abs. 2 lit. b klassiert sind.
4. Die Bewilligung wird dem Gesuchsteller schriftlich zugestellt, zusammen mit den genehmigten Plänen.
5. Die Arbeiten dürfen erst nach Erhalt der Bewilligung aufgenommen werden.

Art. 11 Grabungsbewilligung

Wenn für den Bau oder den Unterhalt eines privaten Kanalisationsanschlusses Grabungsarbeiten auf öffentlichem Grund notwendig sind, so hat der Eigentümer vorgängig eine Bewilligung bei der zuständigen kantonalen oder kommunalen Behörde einzuholen.

Art. 12 Kanalisationsbau auf öffentlichem oder privatem Grund

1. Der Bau privater Kanalisationsanschlüsse auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung durch den Gemeinderat.
2. Die Gemeinde ist berechtigt, eine Kanalisationsleitung über privaten Grund zu führen, wenn dies auf öffentlichem Grund nicht möglich ist. Der Erhalt der Durchleitungsrechte erfolgt nach dem Verfahren des geltenden Rechts betreffend die Expropriation zum Zwecke öffentlichen Nutzens.
3. Ist es einem Eigentümer unmöglich, sein Wasser in die öffentliche Kanalisation einzuleiten, ohne dafür den Grundbesitz eines Dritten in Anspruch zu nehmen, so ist dieser Dritte gehalten, das Durchleitungsrecht zu gewähren, gegen vollen Ersatz des Schadens, dies in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Artikels 691 des Zivilgesetzbuches.
4. Durchleitungen öffentlicher und privater Kanalisationen können als Grunddienstbarkeit auf Kosten des Berechtigten in das Grundbuch eingetragen werden.

Art. 13 Abonnement

1. Die Ableitung und Behandlung von Abwasser sind Gegenstand eines Abonnements, durch welches der Eigentümer oder dessen Rechtsvertreter an die Gemeinde gebunden ist.
2. Durch den Anschluss an das öffentliche Netz, sei es direkt oder über eine andere gemeinschaftliche Kanalisation, entsteht automatisch ein Abonnement. Dieses ist gültig, sobald der Anschluss eingerichtet ist.
3. Ist ein Gebiet mit einem Trennsystem ausgestattet, so ist die volle Abonnementsgebühr zu entrichten, auch wenn das Gebäude nur über einen Anschluss an eines der beiden Netze verfügt.

Art. 14 Abonnementsdauer

1. Im Allgemeinen beginnt ein Abonnement am 1. Januar eines Jahres. Die Laufzeit eines Abonnements, das im Verlauf des Jahres abgeschlossen wird, beginnt, sobald der Anschluss an das Kanalisationsnetz erfolgt ist.
2. Das Abonnement wird jährlich stillschweigend verlängert, es sei denn, es werde schriftlich gekündigt.

Art. 15 Abonnentenwechsel

1. Wird eine Liegenschaft verkauft, so erstattet der neue Eigentümer der Gemeinde Meldung. Andernfalls haftet er vollumfänglich für Gebühren, die von seinem Vorgänger geschuldet werden.
2. Der neue Eigentümer übernimmt von seinem Vorgänger automatisch sämtliche Rechte und Pflichten, die sich aus dem vorliegenden Reglement ergeben. In diesem Fall entfallen die Jahresgebühren zeitanteilig auf den neuen und den vormaligen Eigentümer.
3. Abgesehen von diesem Fall, darf ein Eigentümer seine Verpflichtung nicht auf einen Dritten übertragen ohne das Einverständnis der Gemeinde.

Art. 16 Abonnementsunterbrechung

1. Die vorübergehende Nichtbenützung der Anlagen befreit nicht von der Gebührenzahlung.
2. Der Abbruch des Gebäudes führt von Rechts wegen zu einer Unterbrechung des Abonnements und der Gebührenzahlung.
3. Der Eigentümer gibt der Gemeinde das Anfangsdatum der Abbrucharbeiten bekannt.

Art. 17 Haftung

Der Eigentümer haftet in vollem Umfang für seine privaten Anlagen sowohl gegenüber der Gemeinde als auch gegenüber Dritten.

IV. Kapitel TECHNISCHE VORSCHRIFTEN

1. Abschnitt ALLGEMEINES

Art. 18 Gültige Normen

Es finden die einschlägigen Richtlinien und technischen Normen Anwendung, namentlich SN 592 000. Vorbehalten bleiben die spezifischen Bestimmungen des vorliegenden Reglements.

2. Abschnitt BAU

Art. 19 Bau des öffentlichen Abwasserkanalisationsnetzes

1. Die öffentlichen Kanalisationen für verschmutztes und unverschmutztes Wasser werden erbaut gemäss GEP, gemäss den Möglichkeiten des Budgets und dem Bedarf der im kommunalen Zonennutzungsplan ausgeschiedenen Bauzonen sowie dem Bedarf anderer Zonen, in denen sich Häusergruppen befinden und in denen die speziellen Abwasserbehandlungsmethoden keinen ausreichenden Schutz der Gewässer gewährleisten oder nicht wirtschaftlich sind.
2. Wenn ein Privatinteresse an einer substantiellen Verlängerung einer Sammelleitung besteht, so ruft die Gemeinde die interessierten Parteien dazu auf, sich an den Baukosten zu beteiligen. Die Gebührenzahlung wird dadurch nicht berührt. Das von der spezifischen kantonalen Gesetzgebung festgelegte Verfahren kommt zur Anwendung.

Art. 20 Gemeinschaftliche Kanalisationsanschlüsse

1. Das gemeinschaftliche Bauen von Kanalisationsanschlüssen ist erlaubt und kann, wenn es die Umstände erfordern, vom Gemeinderat angeordnet werden.
2. Wenn der Gemeinderat ein gemeinsames Bauen von Kanalisationsanschlüssen beschliesst, so entscheidet er über die Verteilung der Kosten.

Art. 21 Ausführung des Kanalisationsanschlusses

1. Die Kanalisationsanschlüsse sollten in der Regel kurz, geradlinig und frostgeschützt sein. Bei Richtungsänderungen müssen Bogen eingesetzt werden. Wenn die Richtungsänderung aber einen Winkel von 45 Grad übersteigt, so ist der Bau eines Einstiegschachts erforderlich.
2. Die Kanalisationsanschlüsse müssen auf solidem Untergrund gebaut werden. Die Fugen zwischen den verschiedenen Bauteilen müssen fest und dicht sein. Das Füllmaterial muss festgestampft oder mit Wasser kompakt gemacht werden.
3. Wenn ein Eigentümer seinen Privatabfluss nicht in einem bestehenden Einstiegschacht an die öffentliche Sammelleitung anschliessen kann, so ist er verpflichtet, selber einen solchen Schacht an der Stelle anzubringen, an der sein Abfluss angeschlossen wird.

4. Der Durchmesser der Einstiegschächte für eine Tiefe von weniger als 150 cm beträgt mindestens 60 cm, für Tiefen über 150 cm sind mindestens 80 cm vorgeschrieben. Die Kontrollsäume sind mit einer Gussabdeckung von 60 cm Durchmesser zu versehen, die befahrbar sein muss, auf Strassenfahrbahnen muss zudem ein höhenverstellbares Modell (Typ 1550-60V oder ähnlich) verwendet werden.
5. Es sind Siphons und Belüftungsvorrichtungen einzubauen, damit das Austreten von Gas in den Gebäuden vermieden werden kann.

Art. 22 Durchmesser und Gefälle des Kanalisationsanschlusses

1. Ein Kanalisationsanschluss muss einen Durchmesser von mindestens 15 cm haben.
2. Ein Kanalisationsanschluss muss ein regelmässiges Gefälle aufweisen. Als minimales Gefälle gilt:
 - für einen Anschluss von 15 cm Durchmesser = 3%
 - für einen Anschluss von 20 cm Durchmesser = 2%
 - für einen Anschluss von 30 cm Durchmesser = 1%

Art. 23 Sanierung der Untergeschosse - Pumpen

1. Das Anschliessen von Räumlichkeiten oder Kellern, die unterhalb des Strömungsniveaus des Kanalisationsnetzes liegen, ist nur erlaubt, wenn der Kanalisationsanschluss über eine sicher funktionierende Rückstauklappe verfügt.
2. Die Ausführung eines Anschlusses kann angeordnet werden, auch wenn dies bedeutet, dass das verschmutzte Wasser einer Liegenschaft für den Abfluss in die öffentliche Sammelleitung hoch gepumpt werden muss. Die Einleitung in die Kanalisation hat oberhalb der Rückstauebene zu erfolgen.

Art. 24 Aufsicht

1. Die Gemeinde beaufsichtigt sämtliche Bauarbeiten an öffentlichen oder privaten Kanalisationsteilen.
2. Kanalisationen dürfen erst nach Vornahme einer Ortsschau zugeschüttet werden.

3. Abschnitt BETRIEB UND UNTERHALT

Art. 25 Verbotene Einleitungen in die Schmutzwasserkanalisation

1. Das dem Kanalisationsnetz zugeführte Schmutzabwasser darf weder für die Kanalisation noch für die Reinigungsanlagen schädlich sein. Es darf weder den Betrieb und Unterhalt dieser Anlagen beeinträchtigen noch eine Gefährdung für Flora und Fauna darstellen.
2. Insbesondere ist die direkte oder indirekte Einleitung in die Kanalisation folgender Stoffe verboten:
 - a) Gas und Dämpfe;
 - b) giftige, explosionsfähige, feuergefährliche oder radioaktive Substanzen;
 - c) Abflüsse aus Jauchegruben, Mistgruben, Pferde- oder Viehställen;
 - d) Flüssigkeiten aus Komposthaufen oder Futtersilos;
 - e) feste Stoffe, die zu Verstopfung der Kanalisation führen können, namentlich: Sand, Schutt, Müll, Asche, Schlacke, gehäckselte organische Abfälle, Stoffreste, Rückstände aus Entsandern, Klärgruben und Öl- und Fettabscheidern, Abfälle aus Kellereien und Brennereien;
 - f) Rückstände aus Abscheideanlagen, Vorbehandlungsanlagen, Klein-Kläranlagen etc.;
 - g) dickflüssige und schlammige Substanzen, wie Teer oder Asphalt, Kalk- oder Zementschlamm;

- h) als konzentrierter Abfall geltende Flüssigkeiten, die das Funktionieren der ARA stören können, oder wiederverwertbare Stoffe (Molke aus Molkereien, Brennereirückstände usw.);
- i) Öle, Fette, Benzin, Benzol, Gasolin, Petrol, Lösungsmittel, Halogenkohlenwasserstoffe usw.;
- j) Laugen oder Säuren.

Art. 26 Vorbehandlung

1. Abwasser, das die in Artikel 25 aufgeführten schädlichen Substanzen enthält, darf erst in die Kanalisation eingeleitet werden, nachdem es durch eine Behandlung unschädlich gemacht worden ist (Öl- und Fettabscheider, Neutralisation, Entgiftung usw.).
2. Falls notwendig verlangt der Gemeinderat den Bau einer privaten und leicht zugänglichen Rückhalte-, Vorbehandlungs- oder Neutralisationsanlage. Dies ist insbesondere der Fall bei industriellem Abwasser sowie bei Abwasser aus Betrieben wie Schlachthöfen, Wäschereien, Metzgereien, Garagen, Waschplätzen und Kellereien.
3. Das Projekt für die Vorbehandlungsanlagen ist gleichzeitig mit dem Anschlussgesuch einzureichen. Die Gemeinde kann im Bedarfsfall auf Kosten des Gesuchstellers eine unabhängige Expertise verlangen.
4. Die Gemeinde erteilt die dazugehörenden Bewilligungen.
5. Vorbehalten bleiben die gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton, insbesondere diejenigen zu den Anforderungen an die Ableitung von verschmutztem Abwasser.

Art. 27 Gewerblich betriebene Garagen

1. Gewerblich betriebene Fahrzeugwerkstätten müssen mit einem Gravitationsabscheider oder einem Abscheider mit Koaleszenzstufe ausgerüstet sein, bevor das Abwasser in die öffentliche Kanalisation eingeleitet wird. Der Abscheider muss leicht zugänglich sein und den gesetzlichen Anforderungen, den Normen der VSA und anderen einschlägigen Richtlinien genügen.
2. Vor dem Abscheider ist immer ein Entsander anzubringen. Entsander und Abscheider sind einmal jährlich zu entleeren.
3. Die Werkstättenbetreiber müssen ein Kontrolljournal über die Entleerungen ihrer Abscheider und Behandlungsanlagen führen.

Art. 28 Parkplätze für Fahrzeuge

1. Gedeckte Parkflächen müssen mit einem Schlammsammler mit Tauchbogen ausgestattet werden, bevor das Abwasser in die öffentliche Kanalisation geleitet wird, der den gesetzlichen Anforderungen, den VSA-Normen und anderen einschlägigen Richtlinien genügt.
2. Regenwasser von Aussenparkplätzen muss versickert werden gemäss den gesetzlichen Anforderungen, den VSA-Normen und anderen einschlägigen Richtlinien. Wenn eine Versickerung unmöglich ist, so muss das Regenwasser in die Regenwasserkanalisation eingeleitet werden, nachdem es einen Schlammsammler und soweit möglich eine Retentionsanlage durchlaufen hat.

Art. 29 Individuelle Abwasserreinigung

1. In der Regel sind Absetzbecken oder Klärgruben verboten. Anlagen zur individuellen Abwasserreinigung müssen dem Stand der Technik entsprechen.
2. Im Bereich öffentlicher Kanalisationen müssen individuelle Abwasserreinigungsanlagen ausser Betrieb gesetzt werden.

Art. 30 Hofdünger

Jauchegruben und Misthöfe müssen dicht und ausreichend dimensioniert sein, sie dürfen keinen Überlauf haben und dürfen nicht an die Gemeindekanalisation angeschlossen werden. Sie müssen den Vorschriften der Gesetzgebung zum Gewässerschutz entsprechen.

Art. 31 Schwimmbäder

1. Das Schwimmbad muss mit einer Mehrwegventil ausgerüstet werden, um das Wasser in Abhängigkeit der Wasserart abzuleiten:
 - a) Das Entleerungswasser eines Schwimmbades muss, nach Anhaltung der Chlorung während mindestens 48 Stunden, in einer offenen Leitung (Kanal, Bach oder Fluss) geleitet, in den Boden infiltriert oder in einer Sammelleitung für Sauberwasser geleitet werden und in keinem Falle an Abwasserleitungen angeschlossen werden.
 - b) Das zur Reinigung des Filters oder des Beckens verwendete Wasser, das mit chemischen Produkten versetzt ist, wird in die Sammelleitung für Abwasser eingeleitet. Wenn das Filterreinigungswasser mit Schwermetallen (Kupfer) belastet ist, so muss es vorbehandelt werden, ehe es in die Kanalisation eingeleitet werden darf.
2. Der Gemeinderat kann verlangen, dass ein Unterhaltsvertrag abgeschlossen wird.

Art. 32 Unverschmutztes Abwasser

Niederschlagswasser und solches aus Grund- und Oberflächengewässern darf nicht in das Netz für verschmutztes Wasser eingeleitet werden. Sofern es die hydrogeologischen Bedingungen zulassen, sollte dieses Wasser vorzugsweise im Boden versickert lassen werden (Sickergraben, Versickerung durch eine absorbierende Bodenschicht). Wenn dies nicht der Fall ist, so wird soweit möglich, dieses Wasser über eine Retentionsanlage der Kanalisation für unverschmutztes Wasser zugeführt, damit es so in einen natürlichen Einlauf (Oberflächenwasser-Kanalisation, Fließgewässer) eingeleitet werden kann. Der GEP regelt die Modalitäten der Versickerung oder Einleitung. Vorbehalten bleibt das Erfordernis einer kantonalen Bewilligung.

Art. 33 Unterhalt der Anlagen

1. Unterhalt und Reinigung öffentlicher Entwässerungs- und Behandlungsanlagen gehen zu Lasten der Gemeinde.
2. Unterhalt und Reinigung privater Kanalisationsanschlüsse und Klär- oder Vorbehandlungsanlagen für verschmutztes Wasser gehen zu Lasten des Eigentümers.
3. Kommt der Eigentümer seinen Verpflichtungen nicht nach, so kann die Gemeinde die erforderlichen Arbeiten zu dessen Lasten auf dem Verfahrensweg anordnen.

Art. 34 Instandsetzung öffentlicher Verkehrswege

Wird anlässlich der Instandsetzung einer Strasse oder der öffentlichen Kanalisation festgestellt, dass ein Privatanschluss defekt oder veraltet ist, so erfolgt dessen Reparatur oder Ersatz auf Kosten des Eigentümers.

Art. 35 Versetzung eines Privatanschlusses

1. Die Gemeinde kann jederzeit auf ihre Kosten einen Kanalisationsanschluss ändern oder verlegen.
2. Stellt sich dabei heraus, dass der Anschluss defekt ist, so kann der Eigentümer aufgefordert werden, sich an den Kosten der Reparatur und der Verlegung zu beteiligen.

Art. 36 Grundwasserschutzzonen und -areale

1. Es werden sämtliche notwendigen Massnahmen getroffen, damit keinerlei Anlagen zum Transport (Leitungen) oder zur Lagerung von häuslichem oder industriellem Wasser (ARA,

- Sickergruben usw.) in gesetzlich ausgeschiedenen Grundwasserschutzzonen oder –areale errichtet oder erhalten werden.
2. Insbesondere verschmutztes Wasser, selbst wenn es behandelt worden ist, darf in solchen Zonen und Areale nicht versickert lassen werden.
 3. Der Gemeinderat erstellt ein Inventar, in welchem jede bestehende Anlage in Grundwasserschutzone/areale verzeichnet und ihr Zustand, die von ihr ausgehende Gefährdung, die wahrzunehmenden Überwachungsaufgaben und die Häufigkeit der Kontrollen festgehalten werden. Sie erstellt ebenfalls ein Sanierungsprogramm und legt Fristen für dessen Umsetzung fest.
 4. Vorbehalten bleiben die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen sowie jene, welche von den zuständigen kantonalen Behörden im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu den Schutzzonen und -areale erlassen wurden und auf welche verwiesen wird.

V. Kapitel GEBÜHREN

Art. 37 Grundsätze der Finanzierung

1. Zur Deckung der Bau-, Betriebs- und Unterhaltskosten, sowie der Kosten für die Sanierung und den Ersatz der Anlagen und Kanalisationsleitungen, welche der Sammlung, Ableitung und Reinigung von verschmutztem als auch der Sammlung und Ableitung von unverschmutztem Wasser dienen, sowie zur Deckung der Kreditkosten und zur Amortisation der Investitionen, erhebt der Gemeinderat die folgenden Gebühren:
 - a) eine einmalig zu entrichtende Anschlussgebühr;
 - b) eine jährlich zu entrichtende Benutzungsgebühr.
2. Vorbehalten bleiben Beitragserhebungsverfahren gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.
3. Die Beseitigung und Behandlung von Abwasser sind in Anwendung des Verursacherprinzips selbstfinanzierend zu gestalten. Die Höhe der Gebühren muss auf Grundlage einer langfristig angelegten Planung erfolgen, die auch in absehbarer Zeit hinzukommende finanzielle Belastungen sowie die buchhalterischen Abschreibungen berücksichtigt. Der Gemeinderat richtet zu diesem Zweck ein Konto für Spezialfinanzierungen ein, unter Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Falls nötig, werden die Gebühren angepasst.

Art. 38 Gebührenstruktur

1. Die **einmalige Anschlussgebühr** bemisst sich pauschal. Sie wird zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Privatanschlusses an das öffentliche Kanalisationsnetz erhoben. Eine zusätzliche Gebühr kann erhoben werden, falls durch einen Neubau oder Umbau das Abwasservolumen zunimmt.
2. Die **jährliche Benutzungsgebühr** setzt sich zusammen aus:
 - a) einer Grundgebühr zur Deckung der Infrastrukturkosten (Zinsen und Amortisierung der Anlagen, Verwaltung, Information usw.), berechnet pro Haushalt, pauschal.
 - b) einem variablen Gebührenteil zur Deckung der Betriebskosten, abhängig von Art und Menge des zu reinigenden Schmutzabwassers, berechnet pro Haushalt gemäss dem Trinkwasserverbrauch (exkl. Bewässerung) bzw. gemäss Schmutzfracht (Einwohnergleichwert) für Unternehmen, die als Grosseinleiter¹ klassiert werden. Für Gebäude ohne Messeinrichtung wird der Trinkwasserverbrauch unter der Annahme eines theoretischen Wasserverbrauchs aufgrund von Taxpunkten berechnet.

¹ Für Unternehmen, die als Grosseinleiter im Sinne von Anhang B der der VSA-Richtlinie «Finanzierung der Abwasserentsorgung», Ausgabe 2006 klassiert sind (die >15'000 m³/Jahr verbrauchen oder eine Verschmutzung von mehr als 300 EW verursachen), wird die Abgabe (in Einheiten Einwohnergleichwert berechnet) nach der Schadstoffbelastung ausgedrückt. Ein Einwohnergleichwert = 55 m³/Jahr verbrauchtes Wasser.

3. Für Haushalte ohne festen Wohnsitz in der Gemeinde (Zweitwohnungen, einschliesslich dauerhaft installierter Wohnwagen und Mobilheime) wird die variable Gebühr gemäss Art. 38 Abs. 2 lit. b berechnet, gewichtet mit einem Koeffizienten von 0.17.
4. Die Gebühren werden in einem Tarif im Anhang dieses Reglements aufgeführt, der integrierender Bestandteil desselben ist. Der Gemeinderat setzt die Gebühren innerhalb der vom Tarif vorgegebenen Spanne fest, abhängig von der Vorjahresrechnung und vom genehmigten Budget/Finanzplan, wobei er sich nach den Berechnungsgrundlagen dieses Reglements richtet. Die Gebühren werden vom Gemeinderat festgesetzt und bedürfen nicht der Zustimmung des Staatsrates.
5. Der Gemeinderat entscheidet in Einzel- oder Härtefällen gemäss den Umständen (innerhalb einer Tarifspanne von 5%).

Art. 39 Gebührenpflichtige

1. Die Gebühren werden vom Eigentümer einer angeschlossenen Liegenschaft zeitanteilig geschuldet, insofern die schriftliche Mitteilung gemäss Art. 15 an die Gemeinde erfolgt ist. Wo dies nicht der Fall ist, entfällt die gesamte Gebühr auf denjenigen, der am 1. Januar des Jahres als Eigentümer im Grundbuch eingetragen war.
2. Wenn ein Gebäude mehrere Eigentümer hat, regeln diese die Verteilung der Gebühren und des Verbrauchs unter einander, entsprechend ihren Eigentumsanteilen.
3. Von der Jahresgebühr befreit sind nur Eigentümer, die ihr verschmutztes Wasser reinigen, bevor sie es in ein oberirdisches Gewässer zurückleiten oder im Boden versickern lassen.
4. Wasser für die Bewässerung, das durch einen amtlichen Zähler gesondert erfasst worden ist, ist vollständig von der Gebühr befreit.

Art. 40 Rechnungsstellung und Bezahlung

1. Die Rechnungsstellung der jährlichen Gebühren erfolgt in der Regel jährlich, im 2. Halbjahr an den Gebührenpflichtigen.
2. Als Stichtag gilt das Rechnungsdatum.
3. Die Rechnungen sind innert 30 Tagen nach Erhalt netto zu bezahlen.
4. Die Einsprachefrist beträgt 30 Tage.
5. Die Forderung wird ab ihrer Fälligkeit verzinst.
6. Die Kosten für Mahnungen und für das Inkasso werden in Rechnung gestellt.
7. Jeder Gebühr wird die MwSt. gemäss den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zugeschlagen.

Art. 41 Einstellung der Trinkwasserversorgung

Die Wasserversorgung eines Abonnenten kann eingestellt werden, namentlich wenn dieser:

- a) sich weigert, sich an das öffentliche Kanalisationsnetz anzuschliessen oder für den Unterhalt des Anschlusses gemäss den Anweisungen der Gemeinde zu sorgen.
- b) vorsätzlich oder fahrlässig Substanzen in das öffentliche Kanalisationsnetz einleitet, welche die Sicherheit des Netzes oder das Funktionieren der Reinigungsanlage beeinträchtigen können.
- c) den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zu seinen Anlagen verweigert.
- d) in irgendeiner Weise den Vorschriften des Bundes, des Kantons oder der Gemeinde zum Gewässerschutz zuwiderhandelt.

VI. Kapitel

VERFAHREN, STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN UND RECHTSMITTEL

Art. 42 Durchsetzung der Rechtsvorschriften

1. Wenn ein gesetzeswidriger Zustand festgestellt wird, macht der Gemeinderat den Eigentümer des Gebäudes oder der Liegenschaft per eingeschriebenen Brief darauf aufmerksam. Er weist ihn in diesem Schreiben auf die fälligen Arbeiten, Reparaturen und Änderungen hin und fordert ihn auf, diese innerhalb einer festgesetzten Frist auszuführen. Der Eigentümer muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass ihm bei nicht fristgerechter Ausführung der angemahnten Arbeiten eine formelle Verfügung unter Kostenfolge zugestellt wird.
2. Werden die Arbeiten darauf innerhalb der vorgegebenen Fristen gar nicht oder nur unvollständig ausgeführt, so eröffnet der Gemeinderat dem Liegenschaftseigentümer eine formelle, mittels Beschwerde anfechtbare Verfügung, setzt ihm eine neue Frist und weist ihn darauf hin, dass bei Nichtbefolgung die Ausführung der Arbeiten auf Kosten und Gefahr des Eigentümers durch die Behörde veranlasst wird.
3. Bevor zur Ausführung geschritten wird, ergeht durch den Gemeinderat eine letztmalige Aufforderung mit einer ultimativen Frist an den Eigentümer. Wenn es die Umstände erfordern, kann der Gemeinderat die sofortige Einstellung der Arbeiten anordnen. Im Notfall und bei grosser Gefahr kann er unverzüglich und ohne jedes Verfahren zur Ausführung schreiten.

Art. 43 Verstösse

1. Verstösse gegen dieses Reglement werden vom Gemeinderat mit einer Busse bis Fr. 10'000.00 belegt, gemäss Verfahren nach Art. 34j ff. VVRG, und können auch eine zivile Schadenersatzklage nach sich ziehen.
2. Vorbehalten bleiben die in der Bundes- und kantonalen Gesetzgebung vorgesehenen Verstösse, die in die Zuständigkeit der kantonalen Behörde fallen.

Art. 44 Rechtsmittel und Verfahren

1. Gegen jedweden Administrativ- oder Strafentscheid, welcher der Gemeinderat in Anwendung dieses Reglements verfügt, kann nach Art. 34a ff. bzw. Art. 34h ff. VVRG innerhalb von 30 Tagen nach Eröffnung beim Gemeinderat eine begründete Einsprache erhoben werden.
2. Gegen einen Administrativentscheid, der auf eine Einsprache folgt, kann beim Staatsrat innerhalb von 30 Tagen nach den Bestimmungen des VVRG Beschwerde erhoben werden. Gegen einen Strafentscheid, der auf eine Einsprache folgt, kann innerhalb von 30 Tagen nach den Bestimmungen des EGStPO und der StPO beim Kantonsgericht Berufung eingelegt werden.

VII. Kapitel

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 45 Übergangsbestimmungen

Die Gebühren für das laufende Jahr werden nach dem neuen Recht rückwirkend auf den 1. Januar erhoben.

Art. 46 Aufhebung

Alle vorherigen und diesem Reglement widersprechenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Art. 47 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt mit Genehmigung des Staatsrates in Kraft. Die Gebührentarife im Anhang I und Anhang II haben eine begrenzte Geltungsdauer von 3 Jahren ab Homologation durch den Staatsrat.

Vom Gemeinderat genehmigt am 22. Oktober 2019.

Verabschiedet durch die Urversammlung vom 28. November 2019.

Vom Staatsrat homologiert am 6. Mai 2020.

Gemeinde Goms

Der Präsident



Gerhard Kiechler

Die Schreiberin



Brigitte Laube

Anhang I

GEBÜHRENORDNUNG ABWASSER

1. Einmalige Anschlussgebühren

Von Fr. 3'000.00 bis Fr. 5'000.00

2. Jährliche Benutzungsgebühren

a) Grundgebühr

Von Fr. 110.00 bis Fr. 180.00

b) Verbrauchsgebühr

Von Fr. 0.50 bis Fr. 1.00 / m³ verbrauchtes Trinkwasser

Für Gebäude ohne Messeinrichtung wird der Trinkwasserverbrauch aufgrund von Taxpunkten berechnet, unter Annahme eines theoretischen Wasserverbrauchs von 55 m³ pro Taxpunkt.

Die Taxpunkte sind im Anhang II geregelt.

Anhang II

FESTLEGUNG TAXPUNKTE VERBRAUCHSGEBÜHR

1. Wohnungen

1-Zimmerwohnung	1	Taxpunkte
2-Zimmerwohnung	1.8	Taxpunkte
3-Zimmerwohnung	2.4	Taxpunkte
4-Zimmerwohnung	2.8	Taxpunkte
5-Zimmerwohnung und mehr	3.2	Taxpunkte

2. Landwirtschaftliche Gebäude

Stall / Scheune	2	Taxpunkte
------------------------	----------	------------------

3. Gastgewerbe und Unterkünfte

Hotel und Restaurant

pro Sitzplatz	0.3	Taxpunkte
pro Bett	0.5	Taxpunkte

Cafés

pro Sitzplatz	0.1	Taxpunkte
---------------	-----	-----------

Pension, Garni, B&B etc.

pro Bett	0.5	Taxpunkte
----------	-----	-----------

Wellness

Whirlpool oder Becken pro m ³	0.2	Taxpunkte
Saunaanlage (gilt als Zimmer)	0.5	Taxpunkte

Camping

pro Stellplatz	0.1	Taxpunkte
----------------	-----	-----------

Gruppenunterkünfte

pro Bett	0.2	Taxpunkte
----------	-----	-----------

4. Gewerbebetriebe

Dienstleistungsbetriebe

Büro, Bank, Post, Arzt, Coiffeur

1 – 2 Arbeitsplätze	0.5	Taxpunkte
3 – 5 Arbeitsplätze	1.3	Taxpunkte
6 – 10 Arbeitsplätze	2.6	Taxpunkte
11 Arbeitsplätze und mehr	5	Taxpunkte

Handwerk und Gewerbe (mit kleinem Verbrauch)

Verkaufsgeschäfte, Schreinerei, Malerei, Schlosserei, Elektrounternehmung

1 – 2 Arbeitsplätze	0.5	Taxpunkte
3 – 5 Arbeitsplätze	1.3	Taxpunkte
6 – 10 Arbeitsplätze	2.6	Taxpunkte
11 Arbeitsplätze und mehr	5	Taxpunkte

Handwerk und Gewerbe (mit mittlerem Verbrauch)

Wäscherei, Bäckerei

1 – 2 Arbeitsplätze	0.9	Taxpunkte
3 – 5 Arbeitsplätze	2.3	Taxpunkte
6 – 10 Arbeitsplätze	4.7	Taxpunkte
11 Arbeitsplätze und mehr	9	Taxpunkte

Handwerk und Gewerbe (mit grossem Verbrauch)

Autowerkstatt mit Waschanlage, Metzgerei / Fleischtrocknerei, Sennerei

1 – 2 Arbeitsplätze	3	Taxpunkte
3 – 5 Arbeitsplätze	7.8	Taxpunkte
6 – 10 Arbeitsplätze	15.6	Taxpunkte
11 Arbeitsplätze und mehr	30	Taxpunkte

Schwimmbäder

pro Dusche	0.25	Taxpunkte
------------	------	-----------

Öffentliche Gebäude, Verkehrsbetriebe etc.

Parkhaus / Einstellhalle	1.2	Taxpunkte
Kirche mit Friedhof		
Bahnstation mit öffentlichem WC	2	Taxpunkte
Schulhaus (pro 10 Schüler)	2.5	Taxpunkte
Mehrzweckhalle / Turnhalle	4	Taxpunkte



**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

Entscheid

Eingesehen das Gesuch der **Einwohnergemeinde Goms** vom 3. Dezember 2019, mit welchem diese um Homologation des Abwasserreglements ersucht;

eingesehen die Artikel 75 und 78 der Kantonsverfassung;

eingesehen die Artikel 2, 17, 105, 146 und 147 des Gemeindegesetzes vom 5. Februar 2004;

eingesehen die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983;

eingesehen das kantonale Gesetz über den Umweltschutz vom 18. November 2010;

eingesehen das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991;

eingesehen das Kantonale Gewässerschutzgesetz vom 16. Mai 2013;

eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Gemeinde Goms vom 28. November 2019;

eingesehen die eingegangenen Mitberichte der Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen vom 9. Dezember 2019, der Sektion Gemeindefinanzen vom 11. Dezember 2019, der Dienststelle für Gesundheitswesen vom 11. Dezember 2019 und der Dienststelle für Umwelt vom 20. Februar 2020;

eingesehen die Schreiben des Preisüberwachers des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung vom 14. Februar 2019 mit Empfehlungen sowie vom 13. November 2019, in welchem festgehalten wird, dass die Erhöhung der Gebühren den kantonalen Vorgaben entsprechen und er daher auf eine erneute Abgabe von Empfehlungen verzichtet;

eingesehen das Reglement in der Fassung gemäss Schreiben der Gemeinde vom 15. April 2020;

auf Antrag des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport,

**entscheidet
der Staatsrat:**

Das von der Urversammlung der Einwohnergemeinde Goms am 28. November 2019 angenommene Abwasserreglement wird mit folgenden Änderungen **homologiert**:

Art. 47 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt mit Genehmigung des Staatsrates in Kraft. Die Gebührentarife im Anhang I und Anhang II haben eine begrenzte Geltungsdauer von 3 Jahren ab Homologation durch den Staatsrat.

Anhang I:

1. Einmalige Anschlussgebühren
Von Fr. 3'000.00 bis Fr. 5'000.00
Pro Hahn Fr. 150.00 bis 300.00

Anhang II

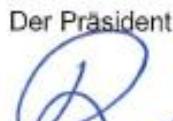
- 4. Gewerbebetriebe
- Dienstleistungsbetriebe
- 0-4 1 - 2 Arbeitsplätze 0.5 Taxpunkte
- [..]
- Handwerk und Gewerbe (mit kleinem Verbrauch)
- 0-2 1 - 2 Arbeitsplätze 0.5 Taxpunkte
- [..]
- Handwerk und Gewerbe (mit mittlerem Verbrauch)
- 0-2 1 - 2 Arbeitsplätze 0.9 Taxpunkte
- [..]
- Handwerk und Gewerbe (mit grossem Verbrauch)
- 0-2 1 - 2 Arbeitsplätze 3 Taxpunkte
- [..]

Der vorliegende Entscheid wird der Gemeinde Goms und der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten zusammen mit dem Dossier eröffnet.

So entschieden im Staatsrat in Sitten, den **- 6. Mai 2020**

Im Namen des Staatsrates

Der Präsident

 Christophe Darbellay

Der Staatskanzler

 Philipp Spörri



Kostenaufteilung

Entscheidgebühr Fr. 250.-
Gesundheitstempel Fr. 8.-

Verteiler

5 Ausz. DSIS

1 Ausz. FI

1 Ausz. DVSV

1 Ausz. DGW

1 Ausz. DUW

A b e n t f i e r p a r l . C o n s i l i u m